

Die Regierung sollte sich gegen die Bestrebungen nach einem unabhängigen Kosovo stellen

Dies betonte (die Generalsekretärin der KKE), Aleka Papatrifa, nach ihrem Treffen mit dem (griechischen) Ministerpräsidenten Kostas Karamanlis (7.3.05)

Sofort nach Beendigung des Gesprächs erklärte die Generalsekretärin des ZK der KKE:

„Wir haben den Ministerpräsidenten um ein Treffen gebeten, weil die Kommunistische Partei Griechenlands sehr besorgt über die Entwicklung auf dem Balkan ist. Besonders über das explizit oder implizit auf die Tagesordnung gesetzte Thema nach Unabhängigkeit des Kosovo. Dabei bedenken wir auch, dass dieses Thema in der zweiten Jahreshälfte 2005 vor der UNO diskutiert wird, wobei Griechenland als nicht ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat den Vorsitz haben wird. Demzufolge wird die griechische Regierung eine besondere Rolle spielen und eine besondere Verantwortung tragen.“

Im Bewusstsein, dass sich unsere Ansichten in Bezug auf außenpolitische Themen wesentlich unterscheiden, fordern wir den (griechischen) Ministerpräsidenten auf: Es existiert der Beschluss 1244 der UNO aus dem Jahre 1999. Dieser Beschluss sollte Gültigkeit behalten. Er sieht einige Rechte für das Kosovo vor, stellt aber zumindest ausdrücklich klar, dass das Kosovo zu Serbien gehört und sich folglich nicht die Frage nach einer Änderung der Grenzen stellt. Sie verstehen, dass man die „Büchse der Pandora“ öffnet, wenn man die Bestrebungen nach einer Unabhängigkeit des Kosovo fortsetzt. Zuerst wäre auch der neue Staat ein Protektorat. Es gibt das Problem von Vojvodina, es gibt das Problem von Satsak (griechische Schreibweise: Σατζάκ, habe verschiedene Schreibweisen probiert aber keinen Ort gefunden), von Presevo, es existiert die angestrebte Teilung von Serbien-Montenegro, die in Gang gesetzt wurde. Es wird eine Kettenreaktion geben. Und warum sollten wir nicht darüber nachdenken, was dies in den nächsten Jahren für die Ägäis, Zypern und West-Thrakien bedeutet? Wir wissen, ein Schritt in eine solche Diskussion kann den Balkan noch weiter nach Rückwärts führen.“

Auf die Frage von Journalisten nach der Reaktion des Ministerpräsidenten antwortete Aleka Papatrifa:

„Der Ministerpräsident informierte mich über seine Reise (durch die Balkanstaaten in den vergangenen Tagen). Dabei wich er nicht von seinen dazu abgegebenen offiziellen Verlautbarungen ab. Wir (die KKE) haben darauf bestanden, dass die griechische Regierung mit ihren Handlungen in ihrer Rolle zu den Bestrebungen nach einem unabhängigen Kosovo „Nein“ sagt und sich nicht dem Druck der Vereinigten Staaten aber auch der europäischen Länder beugt, die diese Bestrebungen der Unabhängigkeit im Namen des Erreichbaren positiv sehen. Sehen Sie, der Beschluss der UNO 1244 von 1999 wurde nicht umgesetzt, er wurde nicht in der Praxis erprobt. Es wird gesagt, es gibt Hindernisse bei seiner Umsetzung. Aber die UNO hat erst jüngst 2002 einen Versuch zu seiner Kontrolle unternommen und 2004 die Kriterien festgelegt. Unserer Meinung nach wurde bewusst und besonders auf Verantwortung der USA zunächst darauf verzichtet, diesen Beschluss zu realisieren, der dann zu Lasten der Serben umgesetzt wurde.“

Unautorisierte Übersetzung: Heike Schrader, Texte in Klammern sind Einfügungen der Übersetzerin.